Karumidze: **Ich habe nur ein Ziel, und das werde ich bis zum Tode haben: die Unabhängigkeit meines Volkes.**

Vors.: Sie erhielten dann aus dem Kaukasus Nachricht, daß ohne große Geldmittel für die Freiheitsbewegung Georgiens nichts zu machen sei. Wie kamen Sie nun auf den Plan der Tscherwonzenfälschungen? Vielleicht durch die Budapester Fälschungen von französischen Franken?

Karumidze: Ich wußte, daß sogar Staaten und Regierung zu diesem Mittel gegriffen hatten, unter anderem hat es sogar Napoleon getan.

Vors.: Sie wollten also Sowjetrußland mit Noten überschwemmen und hofften, die Fälschungen würden nicht sogleich erkannt werden, so daß Sie genügend Geldmittel in die Hand bekamen.

Karumidze: Das Geld war nicht für Georgien bestimmt. **Es sollte damit ein ganzes politisches System geschaffen werden.**

Vors.: Was meinen Sie, wieviel Geldmittel Sie brauchten?

Karumidze: Der Plan war von Anfang bis Ende genau durchgedacht. Genaues kann ich jetzt nicht mehr sagen. Zunächst sollten Mittel herbeigeschafft werden, um einen Aufstand in Georgien zu entfesseln und ihn sechs Monate zu unterhalten.

Vors.: Wer sollte das Geld zu den Fälschungen der Noten hergeben?

Karumidze: Darauf verweigere ich die Auskunft.

Vors.: Sie haben behauptet, Sie hätten ein eigenes großes Vermögen.

Karumidze: **Auch darauf verweigere ich nähere Auskunft.**

## Wie die Noten gefälscht wurden

Der Vorsitzende kommt dann auf die technische Seite der Fälscherangelegenheit und hält dem Angeklagten Karumidze aus der Anklageschrift den Hergang der Sache vor.

Vorsitzender: Mittelsperson bei der Papierbeschaffung war ein gewisser Heuß. Er trat in Verbindung mit einer Münchener Papierfabrik auf, der sich Karumidze unter anderem Namen vorstellte. Dann haben Sie gesagt, daß Sie Wasserzeichenpapier zur Herstellung von Banknotlagationen brauchten. — **Im September 1926 verhandelte Heuß mit der Firma Bedenk. Die Firma verlangte eine Bescheinigung über den Zweck des Wasserzeichenpapiers.** Daraufhin fälschten Karumidze und Sadathierachswili eine Bescheinigung der Bank Turque-Persi. Entgegen der Anklage behauptet Karumidze, daß Sadathierachswili von der Fälschung nichts gewußt habe. **Auch er habe nicht selbst die Unterschrift gemacht, sondern das sei durch eine Mittelsperson geschehen, die er nicht nennen wolle.** Eine „Bank Turque-Persi" gibt es überhaupt nicht und hat es nie gegeben. Bei der Firma Bedenk wurden 100 000 Bogen Wasserzeichenpapier für 32 000 M in Auftrag gegeben. Auftraggeber waren Karumidze, der sich der Firma gegenüber als Direktor Chari Bey von der Bank Turque-Persi bezeichnete. Er setzte sich mit dem flüchtigen von Steinheil in Verbindung, der dann die weiteren Verhandlungen mit Bedenk führte.

Der erste Deutsche, der in den Plan eingeweiht wurde, war nach der Angabe von Karumidze der Angeklagte Dr. Eugen Weber aus München. Weber habe zuerst abgelehnt, mitzuwirken. Er wies dann den Angeklagten Schneider nach, der seine Druckerei zur Verfügung stellen sollte. Weber hatte schon vorher in politischen Angelegenheiten mit Georgien zu tun gehabt.

Vors.: Haben Sie, Angeklagter Karumidze, dem Angeklagten Weber gesagt, daß die Noten in Deutschland hergestellt werden sollten?

Karumidze: **Man wollte zuerst nicht in Deutschland drucken, hier sollte nur alles technisch vorbereitet** werden.

Vors.: Später ist dann diese Absicht wohl geändert worden?

Karumidze betont demgegenüber, daß es sich nicht um eine Aenderung der Absicht handle, sondern nur um Probedrucke, die die Tauglichkeit der beschaffenen Werkzeuge beweisen sollten.

Der Vorsitzende hält ihm entgegen, daß Tausende von Noten in Deutschland gedruckt worden sind.

Karumidze: **Aber sie wurden nicht in Deutschland ausgegeben, sondern in Sowjetrußland.** Es mußten Tausende von Noten gedruckt werden, das ist bei Probedrucken immer so.

Die Klischees und Numerierwerke besorgte Karumidze gemeinschaftlich mit Sadathierachswili. Dabei half ihnen ein Ingenieur, der bei der Berliner Niederlassung der russischen Handelsgesellschaft angestellt war. Die Numerierwerke wurden aus Berlin, die Klischees aus München bezogen.

## Protest gegen den Dolmetscher

Es kommt zu einem Zwischenfall in der Verhandlung. Rechtsanwalt Dr. Menz, der Verteidiger des Dr. Weber protestiert gegen die Tätigkeit des Dolmetschers Kutscheroff. „Es wird mir von dem Angeklagten Sadathierachswili und auch von anderer Seite mitgeteilt, daß die Uebersetzung des Dolmetschers nicht in Ordnung ist." Die Behauptung des Verteidigers wird durch Zurufe von verschiedenen Pressevertretern, darunter dem Berichterstatter einer Moskauer Zeitung, bestätigt.

Das Gericht läßt eine Pause eintreten, um sich darüber schlüssig zu werden, ob noch ein weiterer Dolmetscher bestellt werden soll.

## Auch Schweden-Auswanderer nach Kanada

*Stockholm, 5. Januar / Ullstein-Nachrichtendienst*

Dreihundert schwedische Rückwanderer aus der Ukraine mit ihrem Führer Pastor Hoas an der Spitze werden Ende März nach Kanada auswandern. Die notwendigen Formalitäten mit den kanadischen Behörden sind bereits erledigt und in den nächsten Tagen wird sich eine Studien-Kommission nach Kanada begeben, um einen geeigneten Platz für die Kolonisten auszusuchen. Der Beschluß, Schweden wieder zu verlassen, ist in der Hauptsache auf die schwierigen Verhältnisse der schwedischen Bauernwirtschaft zurückzuführen.

### Im Zeichen der Abrüstung

Die englischen Luftstreitkräfte haben soeben erfolgreiche Versuche mit einem neuen Kampfflugzeug abgeschlossen, das bei voller Belastung eine Geschwindigkeit von über 200 Meilen erreichen kann. Gleichzeitig ist eine Art dieses Flugzeuges konstruiert worden, die auf dem Deck eines Kriegsschiffes starten und landen kann.

# Politik des Ausgleichs

## Polens Stellung zu Frankreich

*Warschau, 6. Januar / Ullstein-Nachrichtendienst*

Der polnische Außenminister Zaleski hat vor seiner Abreise nach Genf der polnischen Presse noch eine längere Erklärung über die Aufgaben der Januar-Tagung des Völkerbundrates übergeben der er bekanntlich turnusgemäß zu präsidieren hat. Anschließend äußerte sich Zaleski über andere aktuelle Fragen der polnischen Außenpolitik.

In Anpassung an die letzte Kammerrede Briands und im Gegensatz zu dem damaligen aufgeregten Presse-Echo erklärte der Minister, **daß die Normalisierung der französisch-deutschen Beziehungen in Polen keineriei Beunruhigungen hervorzurufen brauche.** Die polnischen Interessen würden dadurch ebensowenig geschädigt wie die französischen durch einen polnisch-deutschen Ausgleich geschädigt werden könnten. **Die französisch-deutsche Annäherung bilde die Grundlage des gegenwärtigen europäischen Gleichgewichtes und damit des Friedens.**

Mit Briand befände sich die Leitung der polnischen Außenpolitik in allen aktuellen Fragen in voller Uebereinstimmung. Allerdings wäre es erwünscht, daß die französische Oeffentlichkeit durch ständige Zeitungskorrespondenten in Warschau noch besser über Polen informiert würde. — Tatsächlich hat die französische Tagespresse im Gegensatz zu den größeren Blättern Deutschlands, Englands, Amerikas und Rußlands keinen einzigen ständigen Vertreter in Polen, und ihre einseitige Informierung durch offiziöse polnische Propagandabeiträge stellen hat in der letzten Zeit wiederholt zu Reaktionen geführt, die man hier sehr peinlich empfunden hat.

## Wieder Parlamentsarbeit in Warschau

*Warschau, 6. Januar / Ullstein-Nachrichtendienst*

Der neue polnische Ministerpräsident Dr. Bartel hat im Haushaltsausschuß des Sejm einen ersten parlamentarischen Erfolg errungen. Ein Antrag der Ukrainer auf Streichung einer größeren Summe aus einem Dispositionsfonde wurde, nachdem Bartel eine Art Vertrauensfrage gestellt hatte, gegen die Stimmen der Antragsteller und der Nationaldemokraten, unter Stimmenthaltung sämtlicher polnischer Links- und Mittelparteien und des größten Teiles der nationalen Minderheiten, abgelehnt.

Der Sprecher der Deutschen erklärte, daß diese ihre endgültige Stellungnahme zu Bartel von seiner praktischen Haltung gegenüber den Wünschen und Beschwerden der deutschen Minderheiten abhängig machen würden.

Einstweilen tritt ein gewisses Einlenken der neuen Regierung gegenüber dem Parlament dadurch zutage, daß einzelne Vertreter eines scharf antidemokratischen Kurses aus der inneren Verwaltung verabschiedet werden, und daß Bartel und der provisorische Finanzminister sachlicher parlamentarischer Kritik in betont entgegenkommendem Tone antworten.

## Die englisch-indische Aussprache

*London, 6. Januar / Ullstein-Nachrichtendienst*

„Sunday Times" meldet, daß die englische Regierung beschlossen habe, angesichts der Lage in Indien, die bereits vor einiger Zeit angekündigte Aussprache mit indischen Politikern über konstitutionelle Reformen in Indien früher, als zuerst beabsichtigt war, einzuberufen. **Die Konferenz wird wahrscheinlich bald nach Fertigstellung des Simon-Berichtes, der in ungefähr vier Wochen erwartet wird, vom Vizekönig von Indien nach Instruktionen der englischen Regierung nach London einberufen werden.**

Nach Berichten aus Bombay ist die Aufforderung des Arbeitsausschusses des allindischen Kongresses an alle Mitglieder des Kongresses, von ihren Aemtern in den Legislaturräten zurückzutreten, bisher nur in beschränktem Umfange befolgt worden. Insbesondere wird es als unwahrscheinlich angesehen, daß der Präsident der indischen Verfassungsversammlung, Patel, von seinem Amte zurücktreten wird, da er sich für „parteilos" erklärt hat und sich daher an die Beschlüsse des allindischen Kongresses nicht gebunden fühlt. **Der Führer der Kongreßpartei in der Verfassungsversammlung, Nehru, hat nochmals in persönlichen Briefen an die Mitglieder der Versammlung diese aufgefordert, von ihren Aemtern unverzüglich zurückzutreten.**

**Im allgemeinen erwartet man nach den Aufregungen des allindischen Kongresses für die nahe Zukunft keine überstürzenden Entwicklungen.** Die Gemäßigten befürworten die baldige Einberufung der vom Vizekönig vorgeschlagenen Konferenz.

## Bolschafter Sacket kommt erst später

*New York, 6. Januar / Ullstein-Nachrichtendienst*

Der amerikanische Senat steht vor außerordentlich erregten Debatten, da zwei große Fragen, nämlich die endgültige Verabschiedung der Zollreform und eine große Auseinandersetzung über die Prohibition, erledigt werden müssen. Zunächst ist vorgesehen, in einem Zeitraum von etwa drei bis vier Wochen die Zollbebatte zu beenden und dann erst die Alkoholdebatte aufzunehmen.

Ob dieser Plan aber gelingt, ist zweifelhaft, da sowohl die „Nassen" wie die „Trockenen" alles versuchen, um am Tage des zehnjährigen Bestehens der Prohibition, dem 16. Januar, mit ihren Auseinandersetzungen zu beginnen. Dabei werden die radikalen Trockenen ihre Forderung auf Rücktritt Mellons und seiner hauptsächlichsten Mitarbeiter von neuem erheben, obwohl sie keinerlei Aussicht auf Erfolg haben.

**Sollte die Zolldebatte den Vorrang erhalten und behaupten können, so ist damit zu rechnen, daß der neuernannte Botschafter für Berlin, Sacket, seinen Posten erst mit Verspätung antreten kann,** weil er Mitglied des Finanzausschusses ist. Sollte Sackets Ernennung bereits heute vom Senat bestätigt werden, so muß er sein Senatorenamt niederlegen und verliert damit die Mitgliedschaft im Finanzausschuß. Der Senat würde damit in die Zwangslage kommen, an Stelle des konservativen Sacket den fortschrittlichen Lafollette in den Ausschuß zu entsenden. Da die Konservativen das naturgemäß nicht wünschen, ist damit zu rechnen, daß die Bestätigung Sackets noch verschoben wird.

## Vergebliche Stimmungsmache gegen London

*New York, 6. Januar / Ullstein-Nachrichtendienst*

Die Versuche einer gewissen Marine-Clique und ihrer industriellen Hintermänner, in der Oeffentlichkeit noch im letzten Moment Stimmung gegen die Londoner Marine-Konferenz zu machen, können als gescheitert angesehen werden. Zu einer großen Versammlung in der Carnegie-Hall, in der der bekannte Rüstungsagitator William Shearer über die „zehnjährige internationale Intrige gegen die Seemacht der Vereinigten Staaten" sprechen sollte, waren ganze 250 Personen, davon mindestens die Hälfte Journalisten, erschienen.

### Der Kölner Domprobst gestorben

Der Kölner Domprobst Dr. Arnold Middendorf ist Sonntag früh, 62jährig, gestorben. Middendorf organisierte während des Krieges als Militäroberpfarrer und Feldoberpfarrer für den westlichen Kriegsschauplatz die katholische Feldseelsorge. Im Mai 1917 wurde er Domprobst von Köln, d. h. Vorsitzender des Domkapitels. Er gehörte zu den prominenten Katholiken, die sich in die neuen staatlichen Verhältnisse nicht ohne weiteres hineinfanden. Viel bemerkt wurde deshalb, als vor vier Jahren bei einem staatlichen Festzug zum erstenmal die schwarz-rot-goldene Flagge am Kölner Dom gezeigt wurde.

## Mecklenburgischer Wirrwarr

*Schwerin, 6. Januar / Ullstein-Nachrichtendienst*

Die nationalistische Koalition in Mecklenburg-Schwerin, die von den Nationalsozialisten bis zur Deutschen Volkspartei reicht, scheint mit ihrer Regierungskunst völlig festgefahren zu sein. In den streng vertraulich geführten Besprechungen über den neuen Haushaltsplan sind die schärfsten Gegensätze hervorgetreten.

Besonders peinlich ist die Rolle, die die Deutsche Volkspartei in dieser Koalition zu spielen genötigt ist. Vor kurzem hatte sie sich über den nationalsozialistischen Ton beschwert und erklärt, nicht nur die Nationalsozialisten hätten ihre Handlungsfreiheit, sondern auch die Deutsche Volkspartei. Darauf erwiderte die nationalsozialistische Presse in der gröbsten Form. Offenbar wollen es die Nationalsozialisten zum Bruch treiben, weil sie von Neuwahlen Zuwachs erwarten.

Das zeigt auch der Antrag, die mecklenburgische Regierung solle die Reichsregierung auffordern, das „Freiheitsgesetz" für verfassungsmäßig zustandegekommen zu erklären. Für den Fall der Weigerung der Reichsregierung soll die Anrufung des Staatsgerichtshofes für das Deutsche Reich verlangt werden. Man darf gespannt sein, wie die Deutsche Volkspartei diese neue Herausforderung aufnimmt. Als Ergebnis einer Wahl, die den Mecklenburgern Glück und Gedeihen verhieß, ist der jetzige Wirrwarr jedenfalls sehr lehrreich.

## Württembergische Parteiarbeit

*Stuttgart, 5. Januar / Ullstein-Nachrichtendienst*

Der bisherige Landesvorsitzende der demokratischen Partei, Geheimrat Peter Bruckmann wurde auf der Stuttgarter Vertretertagung einstimmig wiedergewählt. Reichstagsabgeordneter Geheimrat Wieland-Ulm sprach sich für eine engere Zusammenarbeit mit der Deutschen Volkspartei aus, ebenso Konmerzienrat Dr. Colsmann.

## Hitler entscheidet

Wie bei einem Verbeobend der Nationalsozialisten in Weimar mitgeteilt wurde, wird die Frage, welche Haltung die Landtagsfraktion zur Neubildung der Landesregierung und zur künftigen Landespolitik einnehmen sollten, endgültig von Adolf Hitler entschieden werden. Dieser werde zu bestimmen haben, ob die Nationalsozialisten in die neue Regierung eintreten und welche Ziele sie dabei verfolgen sollten. Falls der Eintritt in die Regierung erfolgen solle, so würden sie es als ihre erste Aufgabe ansehen, um jeden Preis die Selbständigkeit Thüringens aufrecht zu erhalten.

### Jarres wiedergewählt

Das Stadtparlament der nach der Ungemeindung vergrößerten Stadt Duisburg wählte Dr. Jarres mit 46 von insgesamt 74 Stimmen wieder zum Oberbürgermeister. 15 Stadtverordnete enthielten sich der Stimme, während die 13 Kommunisten für ihren Kandidaten, den Reichstagsabgeordneten Torgler, Berlin, stimmten.

### Päpstliche Auszeichnung für Kaas

Prälat Kaas, der Vorsitzende der Zentrums-Partei, ist vom Papst wegen seiner Verdienste um das Konkordat zum Wirklichen Ehrenprotonotar ernannt worden.

### Rundfunk: Löbe über Eduard Bernstein.

Reichstagspräsident Löbe, vor die Aufgabe gestellt, der unsichtbaren Menge der Funkhörer einen — meist überhaupt erstmaligen — möglichst charakteristischen Eindruck von dem achtzigjährigen Kämpfer Eduard Bernstein zu vermitteln, erbrachte den Beweis dafür, wie tief in geistig Toten man schreiben kann, wenn man das Wirken eines Politikers aus seiner Biographie entwickelt. So entstand ein plastisches Lebensbild des sozialistischen Betenners, das Bild eines immerwährenden Kampfes, eines langen Exils, einer stets sich steigernden wissenschaftlichen Bedeutung, eines politischen Führertums im Tageskampf. Löbe, idealer Sprecher vor dem Mikrophon, hat ohne Pathetik, aber mit dem Pathos des geistig Verwandten, seinem alten Lehrer eine schöne Huldigung dargebracht.

phil.